

II. Die Wahlerfolge der AfD bei den Landtagswahlen

I.

— Im Protokoll zum letzten Jour fixe geht es zum einen darum, wie der neue Präsident Rodrigo Paz sich in der Wahl auf die Bolivianer bezieht und ihnen einen „Kapitalismus für alle“ verspricht. In dem Zusammenhang wird der Unterschied seiner Politik zu der der vorherigen MAS-Regierung gekennzeichnet mit dem Satz: „vielmehr kommt es auf die Geschäfte an, die an Bolivien und von Bolivien ausgehend woanders stattfinden. Für deren Erfolge soll sich der Staat einsetzen und geeignete Bedingungen schaffen.“ (S. 7, Zeile 350, 12pt) Er als Richter sieht seine Aufgabe darin, dem Kapital mehr Freiheiten zu eröffnen und ihm bessere Voraussetzungen in Bolivien zu schaffen. Das heißt natürlich, dass er die Maßnahmen, die vom Vorgänger Morales eingerichtet worden sind – Steuerungen, Haushaltsausgaben für Soziales usw. –, zurückdrehen will. Das ist die Sache seines politischen Programms und im Protokoll ist diese nicht genug unterschieden davon, wie er auftritt.

Um den bolivianischen Wähler wirbt er mit dem Versprechen „Kapitalismus für alle“: Das ist nicht das Versprechen: Ich kümmere mich um die maßgeblichen Wirtschaftssubjekte im Land und wenn es denen gut geht, geht es euch auch gut. Sondern das ist eine geheuchelte Ansprache an die Bürger: Mit den Bedingungen, die ich für euch schaffe – niedrige Steuern und Zölle – erleichtere ich euch das notwendige Geldverdienen. Mit „Kapitalismus für alle“ spricht er die große Masse der Bolivianer in ihrem Status im informellen Sektor an. Allen Bolivianern wird ein irgendwie geartetes Recht zum Geldverdienen versprochen. Das ist eine Generalabsage an alles, was sich die „Bewegung des Sozialismus“ vorgenommen hat. In diesem Sinne ist das im Protokoll nicht hinreichend geschieden.

Dass die Parolen zur Volksbetörung: „Kapitalismus für alle“ oder „Geld für alle“ die verlogene ideologische Fassung des rechten Vorhabens sind, den kapitalistischen Interessen, die es in dem Land gibt, wieder uneingeschränkt Gültigkeit zu verleihen, wird im Protokoll weiter hinten betont (S. 9, Zeile 416, 12pt). Bei der monierten Stelle auf S. 7 ist das Programm des neuen Präsidenten nach der Kennzeichnung seines Auftritts mit dieser Parole aufgeschrieben; das ist irreführend. Diese Unterscheidung, was der Sache nach die Politik dieses rechten neuen Präsidenten ist, und die Art und Weise, wie er auftritt, wie er damit auf diejenigen Bezug nimmt, die in den vorausgegangenen Jahren zu dem geworden sind, als was sie von ihm angesprochen werden, als Leute nämlich, die aufs Geldverdienen verpflichtet sind, war ja Thema.

— Noch eine Nachfrage: Das Argument dafür, dass die Leute ihr Recht auf Geldverdienen wahrnehmen können und damit auch zum Zuge kommen, heißt doch, dass sich dafür die Regierung um den Geschäftserfolg der Unternehmen in der Nation kümmern muss, und zwar ohne ihn durch soziale Maßnahmen zu behindern. Deren Möglichkeit zum Geldverdienen besteht darin, dass in der Nation erfolgreiche Geschäfte getätigt werden.

— Auch diese Position gab es bei den Präsidentschaftswahlen. Das trifft aber nicht die Spezifik von Paz. Klar besteht seine Politik darin, dem Kapital neue Freiheiten zu eröffnen. Aber die politisierten Massen, die zu 80 Prozent im informellen Sektor tätig sind, spricht er an als Menschen, für die der Staat Bedingungen bereitstellen muss, die ihnen das Überleben ermöglichen. Nicht über den Umweg: wenn es dem großen Kapital gut geht, dann bekommt auch ihr Arbeitsplätze. Sondern das unmittelbare Versprechen an sie lautete: Alle will er als kleine Kapitalisten behandeln, also Kleinkredite für alle ermöglichen, damit alle sich Geld leihen und in China oder irgendwo anders irgendetwas einkaufen können, das sie im informellen oder formellen Sektor mit Gewinn verkaufen können. Er spricht damit auch all diejenigen an, die für importierte Plastikwaren Zölle zahlen müssen, die er ihnen erleichtern will usw. Das ist seine ideologische Präsentation: Meine Politik ist was für euch in dem ökonomischen Status, in dem ihr euch eben befindet.

— Paz nimmt sie in ihrer Armut wie kleine Kapitalisten, die ein Interesse an den Bedingungen für ihr kleines Kapitalistendasein haben müssen. Darauf zielt die Parole: Jeder

kann ein (großer oder kleiner) Kapitalist sein.

Und damit spricht er sie nicht als Abhängige vom großen Kapital an, sondern als freie Konkurrenzsubjekte, denen er in ihren alltäglichen Geschäftchen mit staatlichen Hilfen und Erleichterungen viel bessere Chancen bieten will.

*

Im letzten Punkt des Artikels wird die Leistung der 20-jährigen MAS-Politik nochmal zusammengefasst und eingeordnet als ein Unterfall dessen, wie sich der Imperialismus in diesen Ländern seine besonderen Formen der Benutzung schafft. Es wird Wert auf die positive Leistung dieser Art von Politik gelegt. Eine Politik, die sich daran gemacht hat, große Teile der Bevölkerung, die ursprünglich außerhalb der staatlichen Verhältnisse in Bolivien standen, einzubeziehen, so dass sie einerseits politisch-rechtlich als anerkannte Bürger des Staates definiert und behandelt werden und andererseits als solche darauf verpflichtet sind, in diesem Staat ihr Auskommen zu suchen. Und das in der einzigen Art und Weise, die für sie vorgesehen ist: Sie müssen sich darum bemühen, Geld zu verdienen.

— *Das hat der Staat unterfüttert mit jeder Menge sozialer Infrastruktur. Aber im Laufe der Weltmarktintegration Boliviens musste diese – nachdem die Weltmarktpreise für bolivianische Rohstoffe abgesackt waren – immer mehr zusammengestrichen werden. Das war die günstige Bedingung für so einen wie Paz, die Festlegung auf den Gelderwerb – die durch den Wegfall der sozialen Infrastruktur nicht wieder verschwand – für sich auszunutzen. Er hatte ein dergestalt politisiertes Volk vor sich, das den Anspruch an den Staat mit sich trägt, er müsste doch eigentlich die notwendigen (sozialen) Bedingungen für es schaffen.*

— *Der neue Präsident versprach nach seiner Wahl diese Leistung für alle. Er sprach die Leute in ihrem Dasein als ökonomische Subjekte und politisierte Bolivianer an: Ich bin endlich die Herrschaft, die zu euch passt. Mit seiner Politik, die er jetzt betreibt, bestreitet er ihnen aber ihre Existenzgrundlagen. Das hat sehr schnell zu einer Ernüchterung seiner Wähler geführt. Konfrontiert mit seiner praktischen Politik merken sie, dass seine Maßnahmen eine Gefährdung ihrer Existenz bedeuten. Dagegen hat es auch sehr schnell Unruhen im Land gegeben.*

*

Zum letzten Absatz des Artikels (S. 132, u.) gab es noch Nachfragen: Was ist damit gemeint, dass die Politik der MAS-Regierungen einen „Beitrag zur Aktualisierung des politischen Weltgeistes geleistet“ hat?

— *Das bezieht sich auf die Alternativlosigkeit des Kapitalismus auf der ganzen Welt. Der Kapitalismus ist global durchgesetzt. Jeder Versuch, den Kalkulationen von Großkonzernen usw. mit Land und Leuten etwas anderes entgegenzusetzen, ist nicht einfach bloß Utopie oder Illusion, sondern – man sieht es doch und bekommt es beweisen – es geht nicht. Der politische Weltgeist ist also die universelle Realität des Kapitalismus, der keine Alternative zulässt, dem die Lebensverhältnisse auf der ganzen Welt unterworfen sind.*

Resultat des heutigen Imperialismus ist, dass global der Geist der kapitalistischen Konkurrenz herrscht. Die MAS wollte mit den Mitteln des Kapitalismus ihren Sozialismus voranbringen. Erreicht hat sie damit, dass dieser Geist der kapitalistischen Konkurrenz das Land heute bis in das hinterletzte Eck des indianischen Hochlands und des Urwalds beherrscht.

Die zweite Nachfrage hat sich darauf bezogen, warum im selben Absatz auf das Ende der Sowjetunion Bezug genommen wird. Die Sowjetunion ist mit ihrem Realen Sozialismus tatsächlich eine Alternative zu der Sorte Imperialismus gewesen, der heute die Welt beherrscht. Das sowjetische Staatswesen hat für eine andere Art des Staatmachens und eine andere Produktionsweise gestanden. Im Unterschied dazu hat die 20 Jahre lang praktizierte Politik des MAS unter dem Titel Sozialismus dem aktuellen Weltgeist entsprochen. Das war nicht der Versuch, eine wirklich von Kapitalismus und Imperialismus abweichende Politik und Ökonomie zu realisieren. Sondern es war der Versuch, mit der Anerkennung der eingerichteten Welt und über die Teilnahme am Weltmarkt die eigene Nation voranzubringen, daraus für

Bolivien etwas zu machen.

- 105 Im selben Absatz ist auch die Rede vom „landesfarbenen ‚Modell‘ von marktwirtschaftlichem Pauperismus und unterdrücktem Anarchismus“. Dazu gab es die Nachfrage, was mit „Anarchismus“ gemeint ist.

Der Artikel erwähnt an verschiedenen Stellen, dass die im Land herrschende Armut sich nicht einfach nur in politisierter Unzufriedenheit artikuliert, die in unterschiedliche Wahlentscheidungen mündet, sondern dass sich die Leute in ihren elenden Verhältnissen militant zur Wehr setzen, durchaus gegen die herrschenden Interessen; und dass diese Aufstände immer wieder von oben mit entsprechender Gewalt beantwortet werden. So kommt es des öfteren zu Straßenschlachten, zur Blockade ganzer Landesteile usw. Auf diese Sorte *anarchistischer* Verhältnisse und deren staatliche Unterdrückung zielt diese Bemerkung.

- 115 Die Gründe für solche gewalttätige Aufmüpfigkeit sind unter der MAS-Regierung nicht abgeschafft worden. Die neue rechte Politik unter Paz liefert dafür erst recht jede Menge Gründe.

II. Die Wahlerfolge der AfD bei den Landtagswahlen

- Bei unserer letzten Diskussion über das Verhältnis von CDU und AfD ging es um die Frage, warum die CDU auf der Brandmauer zur AfD besteht. Von da aus kann man versuchen einzusortieren, welchen Inhalt die aktuellen Wahlergebnisse und die Diskussionen darüber haben.

— In dem Artikel „Die Sprache der Macht lernen“ (GS 2-26, S. 10) gab es eine Klarstellung zur sogenannten Brandmauer: dass es zwar viele Programmpunkte gibt, bei denen sich die C-ler und die AfD gut einigen könnten, z.B. bei der Ausländerpolitik. Aber die große Trennlinie verläuft erstens in Bezug auf den Ukraine-Krieg und zweitens hinsichtlich der EU, die von der Regierung ja noch weiter vorangetrieben werden soll.

- Jetzt haben aber die Regierungsparteien vor diesen Wahlen damit beim Volk geworben, dass sie Wert auf staatliche Effektivität legen. Wenn sie schlecht dastünden beim Volk, liege das daran, dass sie es bisher bei den unbedingt nötigen Reformen an Durchsetzungskraft fehlen ließen, weil sie zu uneinig seien. Das würden sie jetzt abstellen und endlich „liefern“. Als Beispiel für seinen Durchsetzungswillen betonte der Kanzler, die Rente mit 63 werde es mit ihm nicht mehr geben. Wenn die Regierung so mit der eigenen Effektivität argumentiert, ist unterstellt, dass die Staatsräson außer Zweifel steht, dass sich Regierung und Wähler darin im Prinzip einig sind: Die Regierung muss den Sozialstaat reformieren, weil sie wegen der Bedrohung durch Russland Geld braucht für die Aufrüstung. Am Wahlausgang merkt man aber jetzt, dass das gar nicht mehr fraglos ist.

- Aber die jetzigen Wahlen waren keine politische Auseinandersetzung darüber, worin die deutsche Staatsräson besteht. Im Wahlkampf ist das entscheidende Zerwürfnis zwischen den Parteien in völlig verwandelter Form vorgekommen: Die Parteien werfen sich wechselseitig vor, den Erfolg der deutschen Nation zu vergeigen. Die AfD punktet mit der Anklage, dass die herkömmlichen Parteien nicht ordentlich regieren könnten bzw. wollten. Deswegen soll man die AfD wählen. Genauso argumentieren umgekehrt die Regierungsparteien: Die oppositionellen Parteien hätten keine Ahnung und seien Landesverräter, weshalb die etablierten Parteien ein Anrecht darauf hätten, weiterhin gewählt zu werden. In seiner ersten Rede nach der Wahl sagt Merz, dass man die Wahlerfolge der AfD selbstverständlich zu akzeptieren habe; so seien die Regeln der Demokratie und die CDU habe eben verloren. Dann kommt das große Aber. Wie passt das zusammen: Aus der eingestandenen Niederlage folgt diesmal nicht der nach den Wahlen übliche Übergang. Sondern es entsteht eine ziemlich heftige Debatte darüber, wie die AfD am Regieren gehindert werden kann.

— Im Demokratiebuch (Demokratie – Die perfekte Form bürgerlicher Herrschaft, GS-Verlag) steht über das Procedere der Wahlen: Die Regierung sagt, sie habe die Macht und regiere effektiv. Die Opposition sagt, die Regierung tue nicht das, was getan werden müsse. Dabei ist im Wesentlichen unterstellt, dass das, wofür regiert werden soll, von beiden Seiten

155 *geteilt wird. Dem jetzigen Wahlkampf war anzumerken, inwiefern er etwas ganz anderes ist als diese Sorte Streit um effektiveres Regieren. Merz hat zwar so agitiert, als wäre alles wie immer und der Kurs dieser Nation stehe fest. Von daher hat er in jeder seiner Talkshows die eigene Effektivität und Durchsetzungsnotwendigkeit dargestellt. Aber zugleich war der Haken an dieser Agitation nicht zu übersehen: Viele in seiner eigenen Partei und vor allem die*
160 *AfD halten nichts von seinen Reformen.*

Offenkundig ist Merz mit seiner Werbung, dass die CDU effektiv und geschlossen handle in allem, was für Deutschland notwendig ist, beim Wähler nicht gut angekommen. Die AfD hat mit ihrer Agitation, dass die Merz'sche Politik lauter negative Wirkungen für die Leute habe, dass alles, worunter die Leute leiden, Resultat seiner Politik sei, mehr Erfolg gehabt.
165 Dazu stellt sich der Kanzler einerseits so, dass er anmahnt, dass die Stimme des Wählers zu respektieren sei. Andererseits lässt er das aber überhaupt nicht gelten, sondern besteht darauf, dass die AfD etwas grundsätzlich Unbilliges treibe und sie daher mit Hilfe des Grundgesetzes und des Rechtsstaates von der Macht ferngehalten werden müsse. Dafür will die Bundesregierung geradestehen und das Grundgesetz gegen die AfD einsetzen. Insofern sind diese Wahl und ihr Ausgang nicht wie in normalen Zeiten.

— *Wenn es in dieser Wahl um Erfolg oder Misserfolg der deutschen Nation geht, bietet doch tatsächlich die AfD eine Alternative zu dem Bisherigen an. Darin unterscheidet sich dieser Wahlkampf von den früheren, wo davon ausgegangen worden ist, dass der Erfolgsweg der Nation sowieso weiterverfolgt werde. Das hatte seine Kontinuität, es ging also um*
175 *die Besetzung von Ämtern, Personalfragen und um die Aufteilung der Regierungsposten zwischen den Parteien. Jetzt ist in Deutschland aber über den Populismus die Frage aufgemacht, dass die etablierten Parteien den Erfolg der Nation beschädigen, weil sie Deutschland fremden Interessen ausliefern. Darin hat dieser Wahlkampf doch einen anderen Charakter, ohne dass das als eine politische Auseinandersetzung im Wahlkampf explizit vor-*
180 *kommt.*

Man muss aufpassen, worüber man redet: Bei den derzeitigen Debatten darüber, ob die einen Parteien es verdienen, wiedergewählt zu werden, oder ob auf jeden Fall eine neue Partei regieren soll, wird doch gar nicht um die Ausrichtung der Politik des Staates gestritten. In der demokratischen Wahl steht die auch nicht zur Auswahl. Der Wähler entscheidet darüber,
185 welcher Politiker demnächst die Regierungsmacht ausüben soll; etwas anderes steht nicht zur Wahl. In dem Sinne haben diese Wahlen das eindeutige Ergebnis gehabt, dass eine bislang nicht an der Regierung beteiligte Partei die meisten Stimmen bekommen hat und die anderen „abgestraft“ worden sind. Angesichts dieses Ergebnisses erfolgt die Klarstellung der regierenden Parteien, dass sie gar nicht ihre Politik zur Wahl gestellt hatten, sondern darauf bestehen – Wahlergebnis hin oder her –, dass der Inhalt ihrer Politik nicht in Frage gestellt werden darf. In dem Sinne akzeptieren sie einerseits das Wahlergebnis, aber andererseits be-
190 stehen sie darauf, dass die von ihnen seit Jahrzehnten definierte Politik der Nation weiterhin Gültigkeit hat.

— *Gleichzeitig ist aber durch die Wahl genau das zur Disposition gestellt: Wenn die AfD es geschafft hätte, zusammen mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht eine Regierungsmannschaft hinzukriegen, dann wäre eben das passiert. Nachdem die AfD aber nicht genug Stimmen für die Regierungsbildung hat, stellt der Kanzler klar, dass nicht zur Disposition stehen darf, was die etablierten Parteien vertreten.*

Darauf besteht Merz in seiner Rede, indem er auf darauf pocht, dass die Landesregierungen an das Grundgesetz gebunden sind und die Bundesregierung darauf aufpassen wird, dass die
200 sich nichts herausnehmen, was ihnen nicht zugestanden wird.

Es wurde schon festgehalten, dass in demokratischen Wahlen keine Richtungsentscheidung über die Staatsräson zur Disposition steht, sondern dass Parteien darum konkurrieren, an die Macht zu kommen, wo dann eine Regierungsmannschaft durch eine andere ersetzt wird. Das
205 ist solange okay, wie die neu an die Macht gekommene Regierungsmannschaft nur eine *Alternative dessen* ist, was die Vorhergehende auch praktiziert hat. Bei den Landtagswahlen,

die jetzt stattgefunden haben, merkt man die andere Seite demokratischer Wahlen: Wenn die AfD tatsächlich an die Macht kommt und eine Landesregierung bilden kann, zum Regieren also ermächtigt ist, dann hat sie auch die Macht, darüber zu entscheiden, welche Politik ab sofort stattfindet. Deshalb betont Merz so, dass er keinen Millimeter zurückweichen und das Grundgesetz, die Institutionen des Staates, dessen Stellung in Europa usw. verteidigen und dafür alle Mittel und Hebel einsetzen werde. Die etablierten Parteien sind damit konfrontiert, dass in dieser und womöglich in den nächsten Wahlen tatsächlich eine Alternative zur jetzt gültigen Staatsräson ermächtigt wird.

210 — *Dass der Wechsel von einer Politikermannschaft zu anderen tatsächlich eine Ermächtigung mit sich bringt, in deren Folge eine neue, andere Staatsräson exekutiert wird, hat man ja mit Trumps Wahl in den USA gesehen.*

Um so etwas auf jeden Fall zu vermeiden, verpflichten sich die etablierten Parteien wechselseitig darauf, dass sie mit der AfD keine Koalition machen. Wie viele Stimmen auch immer der Wähler dieser Partei gibt, eine Ermächtigung muss verhindert werden. Merz' Auftritt, gleich nachdem die Wahllokale geschlossen waren, hat das Beharren darauf zum Inhalt gehabt, dass seine Politik die richtige ist, die gerade jetzt umso machtvoller ins Werk gesetzt werden muss. Als Einspruch gegen die Regierung der etablierten Parteien dürfen diese Wahlen nicht gelten.

225 — *Das ist der gegenwärtige Streit: Aus ihren gewonnenen Wählerstimmen leitet die AfD natürlich ihr Recht auf Teilhabe an der Machtausübung ab. Das wäre ja auch normal in der Demokratie. Von den etablierten Parteien wird ihr das jedoch verweigert.*

Die debattieren in Sachsen-Anhalt z.B. die Möglichkeiten, die Kompetenzen einer Landesregierung zu beschränken. Da könne der Bund Zwangsmittel anwenden, um politische Entscheidungen einer künftigen AfD-Regierung außer Kraft zu setzen. Oder sie diskutieren, sicherheitspolitisch relevante Geheimdokumente (z.B. Notfallpläne im Falle eines Angriffs auf die BRD), die in den Landesregierungsstellen lagern, aus den Bundesländern rauszuholen, damit sie der AfD nicht in die Hände fallen. So arbeitet die Merz-Regierung daran, die durch die Wahl erfolgte Ermächtigung der AfD auszuhebeln.

230 — *Der Knackpunkt dieser Wahl ist, dass mit dem stimmenmäßigen Erfolg der AfD nun etwas auf die Tagesordnung kommt, was im Normalfall nicht durch Wahlen entschieden wird: Ein komplett anderes Staatsprogramm.*

Noch steht nicht fest, was die AfD tatsächlich macht, wenn sie an der Regierung ist. Tatsache ist aber, dass sie sich in Sachen Ukrainekrieg, NATO und EU gegen Essentials der deutschen Staatsräson wendet. Aber das ist erst einmal nicht Landespolitik, sondern wird im Bund entschieden.

240 — *Die etablierten Parteien behandeln die Regierungsmacht, die sie nunmehr seit über 70 Jahren in ihren Händen halten, als ihren Besitzstand. Ihre Entmächtigung qua Wahlniederlage wollen sie nicht zulassen. Sie bemühen das Grundgesetz und wollen die AfD als Verfassungsfeind verbieten lassen.*

245 Merz behandelt das Grundgesetz als sein Machtmittel im Kampf um den Machterhalt. Wie dieser Machtkampf ausgeht, bleibt abzuwarten. Es ist ja auch noch offen, welche Konsequenzen der Wahlniedergang der CDU hat, da finden ja auch noch parteiinterne Konkurrenzkämpfe statt.

250 Zu unterscheiden ist einerseits die Ebene des *Wahlkampfes*, wie die Parteien da für sich werben und welche *Gesichtspunkte* sie dem Wähler für seine Wahlentscheidung nahelegen. Das andere ist die Frage, was die *Wahlergebnisse* für die politischen Figuren bedeuten, die entweder an der Macht sind oder diese erst noch erringen wollen, und wie sie damit umgehen. In Landtagswahlen wird auch nicht über die Staatsräson Deutschlands entschieden. Angst haben die etablierten Parteien aktuell vor allem in Hinblick auf die nächsten Bundestagswahlen. Das zeigt sich an den jetzigen Debatten und daran, was sie praktisch unternehmen wollen, um den Einfluss der AfD möglichst auszuschalten. Auch das lässt den Schluss dar-

auf zu oder daran merkt man nochmal die Wucht dessen, dass die AfD offensichtlich die Art Staatsräson, für die die etablierten Parteien stehen, nicht teilt; dass sie eine politische Programmatik verfolgt, die wesentliche Essentials in Frage stellt.

— Im Artikel „Landtagswahlen im Südwesten“ (GS 2-26, S. 103) steht, die AfD würde die Republik verändern und die Handlungsfähigkeit der politischen Mitte gefährden. Mit ihrem Erfolg droht die AfD das, was 60 Jahre BRD ausgemacht hat, zu revidieren: Die bisherigen Wahlen haben in Gestalt verschiedener Mehrheiten bzw. Koalitionen unter den „Altparteien“ einen verlässlichen Ermächtigungswechsel hervorgebracht; eine Freiheit zum Regieren im Sinne dessen, was der Erfolgsweg der Nation war und noch ist. Die Unzufriedenheit im Volk konnte die jeweilige oppositionelle Partei auf ihre Mühlen lenken, und dann kam eine andere Regierung des „Kartells der Altparteien“, wie es die AfD nennt, zustande. Dieses Verfahren der Herrschaftstechnik mit der Gewohnheit des Wechsels der Koalitionen, was die Bestallung der Macht bisher so bequem für die bürgerlichen Parteien gemacht hat, ist mit dem Erfolg der AfD verloren gegangen.

Das kennzeichnet quasi rückwirkend die Verhältnisse, die jetzt durch die AfD durcheinandergebracht werden. Das Verfahren hat jahrzehntelang so funktioniert: Für die etablierten Parteien bestand die Bequemlichkeit darin, dass sie sich über den Erfolgsweg der Nation einig waren, so dass die wechselnden Mehrheiten zu nichts anderem geführt haben, als dass sie sich in wechselnden Koalitionen zusammengefunden und diesen bewährten Erfolgsweg der Nation vorangetrieben haben.

*

Das andere ist der Wähler: Welche Kriterien wurden ihm im Wahlkampf präsentiert und wie hat er sich diesbezüglich entschieden? Dass die Bürger aufgrund dessen, was ihnen die Regierung tagtäglich einbrockt, unzufrieden sind, ist das eine. Aber was machen sie daraus? Angeboten wurde ihnen von allen Parteien, dass die Einschränkungen in ihren Lebensnotwendigkeiten selbstverständlich und notwendig sind, aber vielleicht nicht an dieser oder jener Stelle. Unisono haben sie auch damit geworben, dass der Staat verschärft durchgreifen muss gegen Sozialschmarotzer, Ausländer, Kriminelle etc.

Offensichtlich hat den Bürgern diese Argumentation auf jeden Fall sehr *eingeleuchtet*. Entschieden haben sie sich mehrheitlich für die radikale Alternative, die ihnen eine starke Führung für ein starkes Deutschland verspricht und sie vor Schäden – die Deutschland durch Klimapolitik, Geschlechterdiversität oder Beteiligung an internationalen Institutionen entstanden sein sollen – bewahrt, also vor einer Politik, die nur von der nationalen Pflichtvergessenheit der etablierten Politiker zeugt.

— Kommt hier nicht noch hinzu, dass die Bürger ihre persönliche schlechte Lage mit der miesen Lage Deutschlands identifizieren? Dass sie mitbekommen, dass der bisherige Erfolgsweg der deutschen Nation nicht mehr machbar ist.

— Auch die Tatsache, dass die AfD so unverbraucht ist, also selber noch nicht an der Regierung war, spielt eine Rolle. Das ist wirklich ihr Alleinstellungsmerkmal und darauf setzen die Wähler ihre Hoffnungen, dass sie „es“ deshalb besser macht.

— Das ist zu formalistisch. Das Volk fragt in der Wahl: Werde ich von denen da oben berücksichtigt? – Eine sachlich völlig verkehrte Frage, weil es in der Wahl um die Legitimation der Herrschaft über sie geht. Aber genau diese Frage steht bei den Populisten ganz oben. Sie kritisieren an den Eliten, dass sie sich vom Volk entfernt haben und mit ihrem Gendern, der Ausländerpolitik usw. in ihren abgehobenen Sphären an den Bedürfnissen des Volkes vorbeiregieren. Dagegen profiliert die AfD sich als die wahre volksnahe Regierung, die alles für Deutschland tut. Sie adressiert den beleidigten Nationalismus des Volkes und das ist der wahre Grund ihres Wahlerfolges.

— Mit Ausnahme der Stellung der AfD zum Ukrainekrieg sehe ich darin aber keine Differenz zu Merz.

— Die AfD kritisiert die enormen Schulden der Regierung, die enormen Kosten für Ener-

310 *gie – aufgrund der falschen Kriegsunterstützung und der Umweltpolitik –, die das Volk belasten. So fahre diese Regierung Deutschland gegen die Wand. Das Volk verdiene eine andere Regierung, so dass es endlich wieder stolz auf ein erfolgreiches Deutschland sein könne.*

Hier ist wieder zu unterscheiden: Das eine ist die inhaltliche Programmatik einer Partei, das andere der Wahlkampf, wo alle Parteien den Wähler umwerben und ihm in seiner Unzufriedenheit mit der Regierung im Prinzip Recht geben, wenn sie sagen, dass es so wie bisher
315 nicht weitergehen könne. Es brauche umfassende Reformen oder eben einen radikalen Wechsel, damit Deutschland wieder vorankomme.

— *Aber was die AfD in Sachen Unzufriedenheit im Volk aufgreift, ist nicht nur Wahlwerbung, sondern sie trifft doch mit ihrer Kritik am Supranationalismus, den Deutschland z.B. im Rahmen der EU betreibt, etwas Objektives, nämlich eine Überforderung des Nationalismus im Volk, der ja stark zugenommen hat – von wegen nicht Deutschland regiert, sondern Brüssel sagt uns, was wir zu tun und zu lassen haben.*
320

So buchstabiert die AfD den Leuten ihre Unzufriedenheit aus, da kommen die ja nicht von selber drauf. Das wäre aber ein anderes Thema, sich die unterschiedlichen Programme der Parteien anzuschauen.

325 Ausgetragen wird der durch den Erfolg der AfD aufgeworfene Machtkampf nunmehr einerseits mit verstärkten Bemühungen aller Parteien um Nähe zu den Wählern, damit die nächsten Wahlen wieder anders ausfallen; andererseits soll der Einfluss der AfD konterkariert werden, indem die Regeln der Kompetenzverteilungen bei den Regierungen in den Ländern und im Bund sowie in Institutionen wie dem Bundesverfassungsgericht usw. zum Hebel gegen die AfD gemacht werden sollen.
330

— *Es bekommt derzeit eine Partei massenhaft Zuspruch, die sich für eine konträre Staatsräson stark macht und den etablierten Parteien vorwirft, sie hätten die Nation verraten und verkauft. Die AfD strebt ganz demokratisch nach der Macht und nach der Freiheit des Regierens, während die etablierten Parteien mit dem Zwangsrecht des Bundes und anderen Maßnahmen der „wehrhaften Demokratie“ ihre Macht verteidigen.*
335

Wieder ein anderes Thema ist, was das Objektive an der Infragestellung der bisherigen Staatsräson ist, wie die Kündigung des bisherigen Erfolgswegs der Bundesrepublik durch Trumps USA, den Ukraine-Krieg usw.

340 **Der nächste Jour fixe** findet am **05. Oktober 2026** statt. Thema sind noch offene Fragen zum Wahlerfolg der AfD, sowie der Artikel **Der Kampf der Partei Die Linke zur Verteidigung der Republik gegen die Absage von rechts: Klassenpartei – Regierungsalternative – Kümmerer: Was denn nun?** (GS 3-26) und wie diese Partei jetzt nach ihrem Wahlerfolg in Berlin auftritt. Im Anschluss daran ist geplant, den Artikel zum Fünften Jahr des Ukraine-
345 Kriegs (GS 3-26) zu besprechen.